

# Daube-Beitrag

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Nr. 16.

Halle, Sonnabend, den 10. Januar 1920.

Einzelpreis 15 Pfg.

### Bezugspreise:

Im Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Ausstellung 3.00 Mark, vierteljährlich  
9.00 Mark, durch die Post 7.50 Mark  
zusätzl. Aufstellungsgeld. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. Im  
allg. Reichspostgesetz unter  
Sonder-Zustellung eingetragen. Für  
unverlangt eingegangene Manu-  
skripte wird keine Gewähr über-  
nommen. Nachdruck nur mit der  
Erlaubnisgabe des Verlegers ge-  
stattet. Ferner: der Schriftleitung Nr.  
1130, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142  
u. 7411, der Bezugs-Abt. Nr. 1133

### Anzeigepreise:

Die 8 gepaltene 34 mm breite  
Wahlzeile oder deren Raum  
30 P. und darunter die 28 mm  
breite 10 Linienzeile 60 P. An-  
zeigen nehmen an unsere Er-  
schließung u. für die Anzeigun-  
gen die Erfüllungsort: Halle.  
Schriftleitung täglich 3 mal, Son-  
tags und Feiertage 1 mal.  
Schriftleitung und Haupt-Druck-  
stelle: Halle, Neue Promen-  
ade 19. Dr. Braunbauer, 17.  
Halle - Buchhandlung: Große  
Wallstraße 22 und Markt 24.  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4008.

## Der Friede tritt in Kraft.

Paris, 9. Jan. Mit dem für morgen nachmittags  
in Paris anberaumten Austausch der Ratifikations-  
urkunden und der darauf erfolgten Ersetzung des Pro-  
tolls über die Niederlegung der Ratifikationsurkunden  
tritt der Friede in Kraft. Inzwischen werden, wie  
in einer Note der Alliierten mitgeteilt wird, die  
interalliierte hohe Kommission für die besetzten rhein-  
ischen Gebiete, die Wiederanbahnungs-Kommission und  
die interalliierte Ueberwachungs-Kommission ihre Tätig-  
keit aufnehmen. Wegen des Zeitverlaufs werden der  
übrigen im Friedensvertrag vorgesehene Kommissionen  
werden seitens der Alliierten noch nähere Mit-  
teilungen erfolgen.

## Die Zeremonie der Unterzeichnung.

Paris, 9. Jan. Morgen 4 Uhr nachmittags findet  
im Ministerium des Auswärtigen die Zeremonie der Unter-  
zeichnung des Protolls, sowie der Austausch der Rati-  
fikationsurkunden statt. Die Zeremonie wird in zwei Teile zer-  
fallen. Die Vertreter der fünf Mächte werden sich vor-  
her im Kabinett des Ministeriums des Auswärtigen versam-  
meln. Die Herren von Verdun und von Simion  
werden hieran eingeladen werden, im Namen Deutsch-  
lands das Protokoll vom 1. November zu unterzeichnen.  
Clemenceau wird ihnen sodann ein Schreiben über-  
reichen, durch welches die Alliierten sich verpflichten, die  
Bilder des für die Zeremonie der Unterzeichnung vor-  
zubereiten Materials herabzulassen. Der zweite Teil  
der Zeremonie findet unmittelbar im Anschluß daran  
im Amphitheater statt. Die Mächte, die den Friedensver-  
trag ratifiziert haben, werden dabei durch je einen Dele-  
gierten vertreten sein. Es wird zunächst ein Protokoll  
aufgelesen werden.

Darauf wird zur Niederlegung der Ratifikationen  
und ihrer Ueberlieferung auf die Aneignung der französi-  
schen Republik geschritten, damit sie die in ihrem Archiv  
deponieren kann. Dieses Protokoll wird auf einem  
Vertrag im Enormformat gedruckt sein. Der Aus-  
tausch der Ratifikationen wird die unzerstörliche Nie-  
derlegung der diplomatischen Ver-  
träge zwischen den Alliierten und  
Deutschland zum Ergebnis haben.

Am Tage nach dem Austausch wird Herr von Mars-  
chall als französischer Geschäftsträger Paris verlassen,  
um sich nach Berlin zu begeben. Eine andere Kolone wird  
die sofortige Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen  
sein.

## Amerika ratifiziert nicht den Garantievertrag.

Washington, 10. Jan. Laut 'Telegraph'  
meinen die 'Times' aus Washington, daß angeblich  
so nur wie die keine Aussicht besteht, daß die Verei-  
nigten Staaten den Garantievertrag mit Frankreich  
ratifizieren. Wie daselbst Welt weiter meldet, ist die  
amerikanische Regierung noch immer für die Abhaltung  
einer Volksabstimmung über die Frage der Ratifizie-  
rung des Friedensvertrages.

## Neue Portoverhöhdungen in Sicht.

Berlin, 10. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Binnen  
kurzem ist eine abermalige Portoverhöhung für Vollstän-  
digen zu erwarten. In einer Verfügung des Reichspostmini-  
steriums wird angeordnet, eine außerordentliche Zahlung der  
Gewalt der Postämter wieder vorzunehmen. Für die  
Erhöhung soll ein Ueberschuß über die Wirkung der Portogeh-  
ühren, wie sie seit dem 1. Oktober bestehen, gemessen wer-  
den. Die Aufnahme erstreckt sich auf alle portofähigen  
Sendungen innerhalb Deutschlands in der Zeit vom 15. bis  
21. Januar. Geht es um die Sendungen mit Portos-  
ablösung.

## Aufnahme der Arbeit der Eisenbahnen im Westen?

Essen, 10. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Die Lei-  
tung der drei Eisenbahnerverbände wendet sich in einem  
Zusatz an die Eisenbahnen des Westens, die bis  
zurzeit unerschlossen sind, anzufragen, ob sie bis  
zurzeit unerschlossene Nacht geschlossenen Verhandlungen der  
Vertreter der Gewerkschaften mit der Eisenbahn-Verwaltung  
Essen zu einer Einigung in den Lohnfragen gefähig seien.  
Der Höchstlohn für die drei Wirtschaftsklassen ist auf 3.50,  
3.30 und 3.10 Mark festgelegt worden mit Rückwirkung vom  
1. Januar.

## Der neue Münchner Hochverrats-Prozess.

München, 9. Jan. Im Hochverrats-Prozess  
gegen den Kommunisten Paulus Reichard, der als  
Militärminister der Räterepublik die rote Armee an-  
geführt hatte, lautet das Urteil auf vier Jahre Gefängnis  
wegen Beihilfe zum Hochverrat. Bei einer früheren  
Verurteilung zum Hochverrat nach Verurteilung von zwei  
Jahren die Bewährungsfrist in Aussicht gestellt.

## Die Verlegung der Reichsversicherungsanstalt.

Berlin, 10. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Für die  
Verlegung der Reichsversicherungsanstalt von Berlin kom-  
men in Betracht die Städte Dresden, Stuttgart und Mün-  
chen. Folgende Bedingungen sind an die Verlegung ge-  
knüpft: Die in Betracht kommende Stadt soll einen genü-

genden Platz für das Dienstgebäude und geeignete Wohn-  
häuser für die 3000 Köpfe betragende Beamtenschaft zur Ver-  
fügung stellen, ebenso die Umzugskosten mit 3 Millionen Mk.  
sowie die etwaigen Uebertragungskosten. München ist zu  
diesem erheblichen Aufwande bereit. Nach  
Stuttgart hat bereits von der mitternächtl. Statu-  
ierung die Zulage einer Unterklasse von ca. 2 Millionen  
Mark erhalten und in parlamentarischen Kreisen heißt es,  
daß vor allem Dresden in Betracht kommt, was verlangt wurde, zugestimmt  
hat, um sich die Reichsversicherungsanstalt zu sichern. In  
einer Woche soll die Angelegenheit entschieden werden.

## Kommt der Generalstreik aller Ostwirte?

Leipzig, 10. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) In  
einer Bekanntmachung der Reichsgemeinschaft der Ost-  
wirte in Blauen wird mitgeteilt, daß voraussicht-  
lich Ende Januar der Generalstreik sämtlicher Ostwirte  
Deutschlands proklamiert werden wird, um eine Änderung  
des Gesetzes gegen Wucher und Scheinhandel zu erzwingen.  
Die auf 500 Millionen veranschlagten Kosten eines vier-  
tägigen Streiks sollen die Ostwirte selbst tragen.

## Doch eine Verringerung der feindlichen Besatzung?

Berlin, 10. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Wegen  
der Vorbereitungen der Regierung über die Entlassung der  
Besatzungstruppen in den besetzten Gebieten ist, wie wir heute  
hören, ein Plan der Alliierten entstanden, die sich dahin  
auspricht, daß doch wohl die Amerikaner keine Truppen  
zur Besetzung in diese Gebiete senden, die Stärke der Trup-  
pen um ein Viertel vermindert wird.

## Französische Rheinlandpropaganda.

Berlin, 10. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Die Tat-  
sache, daß mit dem Inkrafttreten des Friedens Frankreich  
die deutschen Kriegsgefangenen heimzulassen hat, wird in  
der französischen Presse mehrfach benutzt, um daraus Nutzen  
für die französische Ueberzeugungspolitik in den Rheinlan-  
den zu ziehen. So behauptet die 'Gazette de Paris' mit  
dem Titel 'L'Echo de Paris' mit der Heimführung der Kriegsgefangenen  
und nach dem Wiedergang, die rheinischen Kriegsgefangenen  
vor den anderen deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat  
zurückzuführen, da weder die Moral noch der Rhein unter  
dem direkten Einfluß der amerikanischen und anderen Ver-  
einigten Regierungen stehen. Paris verlangt weiter, auf die  
Kriegsgefangenen, namentlich die Rheinländer dadurch ein-  
zuwirken, indem er sagt, man müsse den Rheinländern be-  
weisen, daß wenn Frankreich die deutschen Kriegsgefangenen  
länger zurückhalten habe, als die anderen Verbündeten,  
dies nicht zurechenbar ist, um das Volk zu verletzen, sondern nur  
um eine Maßnahme, die die wirtschaftliche Haltung der Regie-  
rung in Berlin erforderlich gemacht habe. — Ein derartig  
plumper Versuch, die Kriegsgefangenen und die Rheinländer  
gegen die deutsche Regierung aufzuföhren, wird an dem ge-  
wöhnlichen Sinne sowohl der Gefangenen als der rheinischen  
Bevölkerung scheitern so sehr ist auch die rheinischen  
Gefangenen darüber kennen werden, daß fünfjährige fran-  
zösische Gefangenschaft endlich in die Heimat zurückzuführen,  
so wird in ihnen eher das innerlichste Gefühl zu wecken  
sein, daß sie es ablehnen, vor ihren Kameraden, mit denen sie  
bisher gemeinsam das Elend getragen haben, bevorzugt zu  
werden.

## Riß im Zentrum.

### Trennung von dem Reichstags-Zentrum?

Wien, 9. Jan. Der aus allen Teilen Österreichs  
stark besuchte Parteitag der Österreichischen Volkspartei  
(Zentrum) hat heute in Wien mit überwältigender  
Mehrheit nach einem Antrag Dr. Eberls die so-  
fortige Lösung der Arbeitsgemeinschaft mit dem  
Reichstags-Zentrum, also den Austritt aus dem Zentrum-  
fraktion der Nationalparlamentarier, beschlossen, und zwar mit  
der ausdrücklichen Bestimmung, daß Erzherzog Stürgasser Rede mit der  
Forderung des Einzelstaates dem Hofe den Boden  
andachtzugeben habe. Das Zentrum der Nationalparla-  
mentarier verliert mit dieser Aneignung 18 Sitze  
und wird daher schwächer als die Deutsch-Österreichern.  
Dr. Helm ist, wie bekannt, schon auf die Weimarer Arie  
hin aus der Reichstagsfraktion ausgetreten. Einige  
österreichische Abgeordnete der alten Richtung werden mehr-  
scheinlich ihre Mandate niederlegen und der Reichstags-  
sekretär, Mitglied der Österreichischen Volkspartei,  
Dr. Mayer (Rauhenstein), sein Amt.

## Truppentransporte nach Leipzig?

Leipzig, 9. Jan. Wie die 'Leipziger Volks-  
zeitung' erfahren haben will, sind Truppentransporte  
nach Leipzig in Aussicht genommen. An der Nacht vom  
Sonnabend zum Montag sollen mehrere Peipziger Schulen  
mit Militär belegt werden. Die Posten bräut diese  
Truppenbewegungen mit den großen Protestversammlungen  
der Peipziger Arbeiterschaft, die am Mittwoch statt-  
finden sollen, in Verbindung.

## Riesenstreiks in Indien.

Bombay, 10. Jan. 'Times' melden aus  
Bombay, daß dort eine neue Streikwelle ausgebrochen  
ist. Es kreisen 45 000 Arbeiter in 26 Betrieben.

## Ungünstige Ernteaussichten.

Von G. Gothein.

Die Ackererzeugung Deutschlands wird in diesem  
Jahre eine völlig ungenügende. Hatte die unfrucht-  
bare Niedrighaltung der Zuckerrübe zu einem beispiellosen  
Rückgang der Rübenanbaufläche geführt, so hat zudem  
der vorzeitige Frost das Einbringen der Rübenenergie  
aufs schwerste beeinträchtigt. Auf Hunderttausenden  
von Morgen werden die Rüben heute noch in der Erde  
und der erneute starke Frost verhindert ihr Einbringen.  
Dabei sinkt der Zuckerpriest frei. Gibt man für sie  
nicht den Rübenbau. Zuckerpriest ist, so ist im Sicher-  
heit anzunehmen, daß die Landwirte vorziehen werden,  
sie zu verfüttern, statt sie den Zuckerrüben auszu-  
führen.

Nur eine ganz bedeutende Erhöhung der Preise,  
wenn nicht die völlige Freigabe der Zuckerrübe, kann die  
Landwirte bestimmen, in diesem Jahre mehr  
Rüben anzubauen. Dazu bedürfen sie aber neben reich-  
licher Stickstoff- und Kalidüngung des Phosphors, und  
der ist uns im Krieg — besonders aber nach dem Ver-  
luste der lothringisch-luxemburgischen Minettevorkü-  
ren, überaus knapp geworden. Die junge Rübenpflanze be-  
darf mehr wie jede andere Frucht des Phosphors. Es  
wird daher notwendig sein, die geringen Mengen Phos-  
phordüngung ausschließlich dem Rübenbau zuzuführen  
und ihre Verteilung vielleicht in die Hand der Zuckerrü-  
bepflanzen zu legen. Sodann werden wir versuchen  
müssen, so rasch als möglich Floridaphosphate aus der  
Vereinigten Staaten einzuführen. Stellen diese sich  
bei dem ungünstigen Stand der Saluta und der hohen  
Seefrachten auch sehr teuer, so ist das für uns doch  
immer noch sehr viel vorzuziehen, als Zucker zu 7 Mark  
das Pfund aus dem Auslande einzuführen.

Nicht nur in Zucker, auch in Getreide gehen wir  
einem sehr ernstem Jahr entgegen. Die verpastete letzte  
Ernte und der vorzeitig eintreffende starke Frost haben  
die Vorkulturen der Winteranbau ungenügend beeinträch-  
tigt. Massenhaft Land konnte nicht mehr umgedreht,  
geschweige bestellt werden. Also auch die spät einge-  
brachte Winterfaat ist vielfach ausgetreten. Wir haben  
daher mit einer ungenügend geringen Ernte von Winter-  
roggen und Winterweizen zu rechnen. Ein auch nur  
annähernder Ertrag durch Sommerweizen und Gerste  
ist nicht zu erhoffen. Jedenfalls muß aber alles ge-  
schweige, um deren umfangreichen Anbau zu fördern.  
Wir können jetzt noch nicht auf die Züchtungsbemühun-  
gen von Getreide verzichten, aber der Preis dafür muß  
so gestellt werden, daß er die Produktion anreizt, statt  
sie abzuföhren. Dabei muß mit dem ungesunden System  
der Fruchtrotation endlich einmal gebrochen werden, die  
in ihrer jetzigen Form von allen Seiten gleichmäßig  
verurteilt werden.

Es geht auch nicht an, einseitig eine Getreideart, wie  
den Hafer, aus der Züchtungsbemühung herauszu-  
nehmen. Das verführt die Landwirte dazu, ihren Hafer  
zu hohen Preisen zu verkaufen und Brotgetreide zu ver-  
füttern, so daß wir darin in eine hochbedenkliche Knapp-  
heit kommen. Je mehr Flächen in diesem Jahre mit  
Sommerfrucht bestellt werden müssen, umso mehr muß  
das mit Weizen und mit Gerste geschehen, welche letztere  
Wegen als Brotfrucht in weitgehendem Maße erzeu-  
gen kann. Aber rechtzeitig müssen für alle diese Getreide-  
arten auskömmliche Preise angelegt werden, da sich  
andernfalls die Landwirte nicht zu ihrem ausbreitenden  
Anbau entschließen.

Wird die Landwirtschaft beiseiten mit ausgiebigen  
Mengen Stickstoff- und Kalidüngers beliefert, so ist  
wenigstens in Sommerfrucht und in Kartoffeln eine  
gute Ernte zu erhoffen. Aber freilich, erst wenn die  
die Pflanze, und es ist zu wünschen, daß der Wirtschafts-  
minister eine stärkere Hand in seinen die Ernährung  
betreffenden Maßnahmen beweist als bisher.

## Demokratisierung der Beamtenschaft.

Von einem Beamten wird uns aus Ostpreußen  
geschrieben:

Der alte Obrigkeitsstaat klassifizierte seine Beamten  
nach ihren absteigenden Stammsurkunden in Unter-  
mittel- und Oberbeamte. Innerhalb jeder dieser Gruppen  
hatten die Vertreter des alten Machtstaates noch ein  
ausgesprochenes System von verschiedenen Graden; so ein-  
fachen Unterbeamten, dem man vielleicht die Amtsbezeichnung  
'Diener' oder 'Boten' beilegte hatte, über den mittleren  
Beamten bis zum 'Rat' und 'Schlichter erster Güte'. Eine  
Beamtenschaft des mittleren oder unteren Beamten in obere  
Beamtenschaft war so gut wie ausgeschlossen. Stare, un-  
überwindlich, trennten die drei großen Beamtens-  
gruppen voneinander. Der mittlere Beamte durfte in offener  
Verwaltung aus schwereren Aufgaben befreit werden, so-  
fern er sich, weshalb machte man ihn noch nicht zum oberen  
Beamten. Nur zu oft hatte in manchen Materien der  
Untergebene größere Kenntnisse und eine schärfere Erfahrung,

licht, der arme Herr hat sich zur Begleitung seiner Bekannten  
auf dem Weg gemacht. Was wie dem Herrn ist es, wenn man  
um des Geldes willen einen Kaufvertrag nicht macht?  
Ganz o. s. w. u. a. 1919, 1920.  
Zu besorgen durch die  
Goethe-Buchhandlung  
Berg des Waldgebietes ober der Hand der Gantebühne  
Schrift der Künigen des neuen Wintermeeres. Diese  
Rheinländer würden sich ebenso wie die in dem neuen Meere

